

**egovernment**  
schweiz · suisse · svizzera

# Jahresbericht 2021

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Das Jahr 2021 im Überblick</b>	4	Speakers' Corner (Kanton Tessin)	17
<b>2</b>	<b>Grundlagen und Organisation</b>	5	Decidim-Netzwerk Schweiz (Stadt Zürich)	17
<b>2.1</b>	<b>E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023</b>	5	E-Partizipationsplattform für Mit- wirkungsprozesse auf meinthurgau.ch (Stadt Arbon)	18
<b>2.2</b>	<b>Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung</b>	5	Die Regio Frauenfeld-App (Region Frauenfeld)	18
<b>2.3</b>	<b>Umsetzungsplan</b>	5	Lausanne participe (Stadt Lausanne)	18
<b>2.4</b>	<b>Organisation</b>	5	<b>3.5 Operative Koordination beim Umsetzungsplan</b>	19
	Steuerungsausschuss	6		
	Planungsausschuss	7		
	Geschäftsstelle	7		
	Neue Organisation ab 2022	8	<b>4 Monitoring</b>	20
<b>3</b>	<b>Umsetzungsplan</b>	9	<b>4.1 Monitoring in Zahlen</b>	20
<b>3.1</b>	<b>Umsetzungsplan 2021</b>	9	<b>4.2 E-Government-Fortschritt der Schweiz</b>	22
<b>3.2</b>	<b>Stand der Umsetzung</b>	9	4.2.1 E-Services und E-Partizipation	22
	Interaktion und Partizipation	9	Angebot und Nutzung	
	Basisdienste und Infrastruktur	11	Nutzung elektronischer Behördendienste	
	Organisation und rechtliche Grundlagen	12	Zufriedenheit und Nutzungserlebnis	
	Vertrauen und Wissen	15	4.2.2 Voraussetzungen für breitflächiges E-Government Angebot: Infrastruktur und Humankapital	23
<b>3.3</b>	<b>Innovationen 2021</b>	15	Telekommunikationsinfrastruktur	
	PROJEKT CH+ Games for Democracy (Zürcher Hochschule der Künste)	16	Humankapital	
	iciGov (Stadt Biel/Bienne)	16	4.2.3 Basisdienste	23
	RPA@Stadt.sg.ch (Stadt St.Gallen)	16	4.2.4 Transparenz E-Services	24
	Digital Literacy (Kanton Zürich)	16	<b>5 Kommunikation</b>	25
<b>3.4</b>	<b>E-Partizipationsprojekte 2021</b>	16	<b>5.1 Vernetzung und Wissensaustausch</b>	25
	Kooperative Zusammenarbeit (Kanton Zug)	17	<b>5.2 Newsletter</b>	27
	Online-Urversammlungen (Gemeinden Wallis)	17	<b>5.3 Publikationen</b>	27
			<b>5.4 Medienarbeit</b>	27
			<b>5.5 Aufbau Digitale Verwaltung Schweiz</b>	27

# Editorial

## Neues «Joint Venture» zwischen Bund und Kantonen

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Bund, Kantone und Gemeinden arbeiten seit 2008 institutionalisiert zusammen an der Digitalisierung von Behördenleistungen. Im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz wurden seitdem schweizweit wesentliche Fortschritte erzielt und wichtige Meilensteine erreicht. Die E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 zielt darauf, den digitalen Kanal in der Schweiz zur ersten Wahl bei der Kontaktaufnahme mit den Behörden zu machen.

Im Umsetzungsplan E-Government Schweiz mit 21 Umsetzungszielen wurden im Jahr 2021 Weichen für eine moderne digitale Verwaltung gestellt. Portale wie «Easy-Gov» oder «OpenData» konnten sich etablieren und die elektronische Umzugsmeldung ist in vielen Kantonen möglich. Um das Vertrauen in elektronische Signaturen zu stärken wurde ein neuer Signaturvalidator in Betrieb genommen. Ebenso konnten zahlreiche innovative Projekte auf kantonaler oder kommunaler Ebene realisiert werden: In vielen Gemeinden wird beispielsweise dank digitalen Plattformen die Bürgerpartizipation erleichtert oder mit Chatbots der Kundenservice unterstützt. Und schliesslich haben Bund und Kantone mit der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) die gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation neu geregelt.

Die Schweiz hat in einigen Bereichen der Digitalisierung grossen Nachholbedarf. Diesen gilt es mit verstärkten Anstrengungen aufzuholen und die strategische Steuerung und Koordination von Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden sind zu verstärken. Mit einem starken politischen Bekenntnis zur «Digitalen Verwaltung Schweiz» haben die Gemeinwesen ihre wesentliche, föderale Zusammenarbeit beim Aufbau und bei der Steuerung der digitalen Verwaltung intensiviert. Die neue Organisation DVS konnte im vergangenen Jahr auf vorhandenen Strukturen und gestützt auf einer neuen recht-

lichen Grundlage als «Joint Venture zwischen Bund und Kantonen» aufgebaut werden: E-Government Schweiz und die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) wurden per 1. Januar 2022 in die DVS integriert. Die Bereiche E-Government, digitale Verwaltung und Informatik werden neu aus einer Hand koordiniert.

Dies ist deshalb auch der letzte Jahresbericht von E-Government Schweiz, den wir publizieren. Nebst einer Zusammenfassung der Aktivitäten der Geschäftsstelle E-Government Schweiz bietet er einen Überblick über die Umsetzungsziele und zeigt auf, wo die Schweiz in Bezug auf E-Government im internationalen Vergleich steht.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.



**Peppino Giarritta, Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz**



# 1. Das Jahr 2021 im Überblick

## Neue rechtliche Grundlage

Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und der Bundesrat haben Ende Dezember 2021 die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz, die am 1. Januar 2022 in Kraft getreten ist, unterzeichnet.



## Nutzung Online-Angebote

Im vergangenen Jahr haben rund 60 % der Schweizer Bevölkerung ein Online-Angebot der Behörden genutzt.

(Quelle eGovernment MONITOR 2021)

## Zufriedenheit

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Online-Angebot der Behörden etwas abgenommen: 66 % (-8 %) der Schweizer Bevölkerung sind mit dem Online-Angebot der Behörden zufrieden.

(Quelle eGovernment MONITOR 2021)

## 400 elektronische Umzugsmeldungen pro Tag

Die Entwicklung der Umzugsmeldungen seit Betriebsstart von «eUmzugCH» ist erfreulich: Täglich wurden rund 400 Umzugsmeldungen über das Portal abgewickelt.

## Richtungsentscheid zur E-ID

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 17. Dezember 2021 die Grundsätze für die Ausgestaltung eines künftigen staatlichen Identitätsnachweises (E-ID) festgelegt. Die staatliche E-ID soll den Nutzerinnen und Nutzern die grösstmögliche Kontrolle über ihre Daten ermöglichen.



## Pandemie trieb Nutzung von E-Government-Diensten voran

18 % (+6 %) der Befragten aus der Schweiz haben während der Corona-Pandemie ihre Behördengänge vermehrt online durchgeführt und 7 % (+4 %) haben zum ersten Mal einen E-Service benutzt.

(Quelle eGovernment MONITOR 2021)

## Künftige Nutzung

Die Corona-Pandemie hat die Einstellung der Menschen betreffend E-Services positiv beeinflusst. 70 % möchte auch nach der Pandemie öfter Online-Dienste nutzen.

(Quelle eGovernment MONITOR 2021)

## Handlungsbedarf im Bereich Basisdienste

Wenn es um den Einsatz von Basisdiensten geht, ist die Mehrheit der europäischen Länder deutlich fortgeschrittener, als die Schweiz (CH 34 %; EU 65.2 %).

(Quelle E-Government-Benchmark der EU 2021)

## Staatliche Websites sind nutzerfreundlich

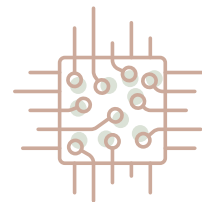
Etwa 80 % (EU: 87.2 %) der untersuchten Behördendienste und Informationen sind auf Websites der Behörden online verfügbar. Fast neun von zehn der untersuchten Websites bieten ausserdem Online-Support, Hilfsfunktionen und Feedback-Mechanismen an und sind mobile-tauglich.

(Quelle E-Government-Benchmark der EU 2021)

## Mehr E-Partizipation möglich

Immer mehr Kantone und Gemeinden bieten ihren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich elektronisch an Politik und Verwaltungsgeschehen zu beteiligen. Im Bereich E-Partizipation überholt die Schweiz 23 Länder und platziert sich auf Rang 18 von 193.

(Quelle eGovernment Survey der Vereinten Nationen 2021)



## Aufbau Kompetenznetzwerk Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) zählt zu den wegweisenden Technologien für die digitale Zukunft und weist ein grosses Potenzial für den Einsatz in der öffentlichen Verwaltung auf. Im Jahr 2021 hat der Bund mit dem Aufbau eines «Kompetenznetzwerks Künstliche Intelligenz und andere neue Technologien» begonnen.

## eGovernment Wettbewerb 2021

Das Projekt «Covid-Zertifikat» des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT) und des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) wurde als bester Beitrag zur kurzfristigen Krisenbewältigung ausgezeichnet.



## 2. Grundlagen und Organisation

### 2.1 E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023

Am 24. Januar 2007 hat der Bundesrat die erste E-Government-Strategie Schweiz verabschiedet. In den Jahren 2015 sowie 2019 wurde diese überarbeitet und vom Bundesrat, der Konferenz der Kantonsregierungen sowie dem Städte- und dem Gemeindeverband verabschiedet. Das Leitbild der aktuellen Strategie 2020–2023 lautet «Digital First». Um den Wandel hin zur digitalen Verwaltung zu erreichen, gestalten Bund, Kantone und Gemeinden den elektronischen Kanal zukünftig so attraktiv, dass dieser für die Bevölkerung und die Wirtschaft zur ersten Wahl wird.

### 2.2 Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung

Die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz regelte die Organisation und das Vorgehen von Bund, Kantonen

und Gemeinden bei der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz bis Ende 2021.

Sie wird abgelöst durch die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz. Für die Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz stellten Bund und Kantone jährlich insgesamt fünf Millionen Franken zur Verfügung.

### 2.3 Umsetzungsplan

Der Umsetzungsplan ist das Instrument zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023. Darin waren im Jahr 2021 einundzwanzig Umsetzungsziele definiert, die im Rahmen von Projekten über verschiedene Massnahmen verfolgt wurden. Die Inhalte des Umsetzungsplans sind in Kapitel 3 beschrieben.

### 2.4 Organisation



Abbildung 1: Organisation E-Government Schweiz (bis Dezember 2021)

### Steuerungsausschuss

Der Steuerungsausschuss war das Gremium zur strategischen Steuerung der Organisation E-Government Schweiz. Er setzte sich aus je drei politischen Vertreterinnen und Vertretern aller Staatsebenen zusammen. Der Vorsitz des Gremiums lag beim Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements.

Im Berichtsjahr tagte der Steuerungsausschuss am 15. März, am 21. Juni und am 27. Oktober 2021.

Per Ende 2021 setzte sich der Steuerungsausschuss wie folgt zusammen:



**Bundesrat Ueli Maurer, Eidgenössisches Finanzdepartement, Vorsitz**



**Bundeskanzler Walter Thurnherr, Bundeskanzlei**



**Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Staatssekretariat für Wirtschaft**



**Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser, Kanton Obwalden**



**Staatsrat Jean-Pierre Siggen, Kanton Freiburg**



**Kanzleidirektor Daniel Spadin, Kanton Graubünden**



**Stadtpräsident Michael Künzle, Stadt Winterthur**



**Gemeindepräsident Boris Tschirky, Gemeinde Gaiserswald**



**Peter Bernasconi, Vertreter des Schweizerischen Gemeindeverbandes**

### Planungsausschuss

Der Planungsausschuss nahm die operative Steuerung von E-Government Schweiz wahr. Er plante und koordinierte die Umsetzung der E-Government-Strategie und zeichnete für den Umsetzungsplan verantwortlich. Das Gremium setzte sich aus je drei E-Government-Fachpersonen aller Staatsebenen zusammen. Peppino Giarritta, Leiter Stabsstelle E-Government des Kantons Zürich, übernahm per März 2021 die Funktion als Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz, und gab seinen Sitz im Planungsausschuss ab. Für ihn rückte Hansjörg Hänggi, Leiter Kantonale Fachstelle E-Government des Kantons Basel-Stadt, nach.

Der Planungsausschuss setzte sich im 2021 wie folgt zusammen:

- Bertrand Loison, Vizedirektor Bundesamt für Statistik (BFS), Vorsitz
- Daniel Gruber, Vizedirektor Bundesamt für Justiz (BJ)
- Dieter Tschan, E-Government-Koordinator des Bundes, Abteilung Digitale Transformation und IKT-Lenkung in der Schweizerischen Bundeskanzlei
- David De Groote, Leiter E-Government, Kanton Jura
- Silvano Petrini, Direktor des Zentrums für Informationssysteme, Kanton Tessin
- Hansjörg Hänggi, Leiter Kantonale Fachstelle E-Government, Basel-Stadt
- Peter Scholl, Leiter Gemeindeverwaltung, Moosseedorf
- Ivo Toman, Geschäftsführer E-Government Kanton St.Gallen und St.Galler Gemeinden
- Daniel Truttmann, Chief Digital Officer, Stadt Zug

Der Bundesrat, die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sowie der Städte- und der Gemeindeverband bestimmten für ihre Delegierten zusätzlich permanente Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

Dies waren die permanenten Stellvertreterinnen und Stellvertreter per Ende 2021:

- Sabine Brenner, Gruppenleitung Geschäftsstelle Digitale Schweiz, Bundesamt für Kommunikation (BAKOM)
- Stefan Schneider, Fachberater E-Government, Schweizerische Bundeskanzlei
- Philippe Hatt, Delegierter für Informatikfragen des Kantons Wallis
- Dominic Blumenthal, Leiter Politmonitoring und Netzwerk Lebendige Quartiere, Schweizerischer Städteverband
- Alexandra Collm, Leiterin Hauptabteilung Kunden, Stadt Zürich

Im Berichtsjahr tagte der Planungsausschuss fünfmal: am 5. Februar, 25. Februar, 28. Mai, 28. September und 12. Oktober 2021.

### Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz war das Stabsorgan des Steuerungs- und des Planungsausschusses. Sie unterstützte die Leistungsverantwortlichen und koordinierte die Projekte aus dem Umsetzungsplan. Sie war für die Kommunikation und das Monitoring der Organisation E-Government Schweiz zuständig. Die Geschäftsstelle war administrativ beim Generalsekretariat des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD angesiedelt.

Die Geschäftsstelle setzte sich im 2021 wie folgt zusammen:

- Cédric Roy, Leiter Geschäftsstelle (bis April 2021)
- Irem Kaynarca, Projektleiterin Monitoring
- Marcel Kessler, Projektleiter Umsetzungsplan
- Vanessa Eugster, Kommunikationsverantwortliche
- Corinne Wirth, Spezialistin Kommunikation (bis Oktober 2021)

Ab April 2021 wurde die Geschäftsstelle von Peppino Giarritta, Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz, geleitet.

### Neue Organisation und Gremien ab 2022

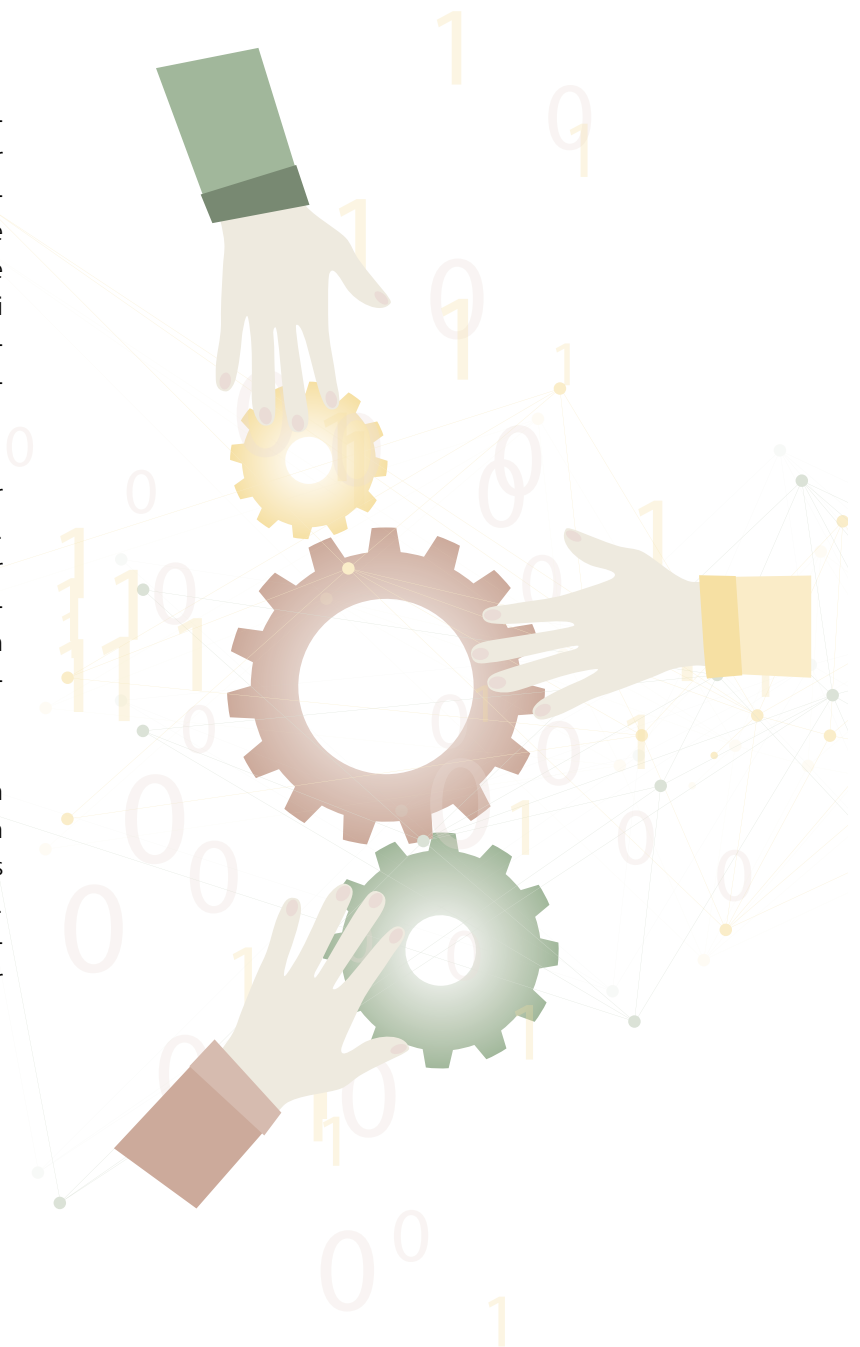
Zur Steuerung der digitalen Transformation im föderalistischen System haben Bund und Kantone per 1. Januar 2022 die neue Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz» (DVS) geschaffen. Als politische Plattform koordiniert und fördert sie die digitale Transformation zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen. Die DVS hat die operativen Aufgaben von E-Government Schweiz und der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) übernommen.

Bund und Kantone sind gleichberechtigte Träger der DVS. Entscheide werden im Konsens getroffen. Der Schweizerische Städteverband (SSV) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) unterstützen die DVS als Partner. Darüber hinaus können sich einzelne Gemeinden und das Fürstentum Liechtenstein per Einzelvertrag an der DVS beteiligen.

Ein neues, politisches Führungsgremium ersetzt den Steuerungsausschuss E-Government Schweiz. Ein operatives Führungsgremium führt die Arbeiten des Planungsausschusses E-Government Schweiz weiter. Die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle E-Government Schweiz wechseln in die Geschäftsstelle der Digitalen Verwaltung Schweiz.

Weiterführende Informationen zur neuen Organisation finden Sie auf der Website der DVS.

[digitale-verwaltung-schweiz.ch](https://digitale-verwaltung-schweiz.ch)





## 3. Umsetzungsplan

### 3.1 Umsetzungsplan 2021

Die E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 definiert vier Handlungsfelder: «Interaktion und Partizipation», «Basisdienste und Infrastruktur», «Organisation und rechtliche Grundlagen» sowie «Vertrauen und Wissen». Diese zentralen Handlungsfelder erfordern für die Bewältigung der digitalen Transformation ein koordiniertes Vorgehen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Im Rahmen der vier Handlungsfelder werden vier strategische Ziele verfolgt:

- Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen;
- Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen;
- Gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln;
- Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken.

### 3.2 Stand der Umsetzung

Für die Strategieumsetzung liegt ein Umsetzungsplan vor, der jeweils auf vier Jahre ausgelegt ist. Im Umsetzungsplan wurden Umsetzungsziele (UZ) zur Erfüllung der strategischen Ziele definiert und die «Leistungsverantwortlichen Organisationen» (LvO) festgelegt. E-Government Schweiz unterstützte und finanzierte eine oder mehrere Massnahmen pro Umsetzungsziel. Der Umsetzungsplan unterliegt einer rollenden Planung und einem Controlling.

#### Interaktion und Partizipation

Zur Erreichung des strategischen Ziels «Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen» unterstützt und finanziert E-Government Schweiz unter anderem die Weiterentwicklung bestehender Vorhaben. Dies sind der Ausbau von «**EasyGov.swiss**», die weitere Ausbreitung von «**eUmzugCH**», die Neuausrichtung von

«**E-Voting**», die Etablierung des «**Signaturvalidators**» für alle föderalen Ebenen sowie die Optimierung des Zugangs zu elektronischen Behördenleistungen mittels dem **Portal «ch.ch**».

Zur Weiterentwicklung des Portals «**EasyGov**» mit kantonalen, kommunalen und Bundes-Leistungen konnte im Jahr 2021 ein Architekturreview durchgeführt und finalisiert werden. Es beinhaltet eine grobe Soll-Architektur für die Domäne Behördenleistungsportale von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Ergebnisse und die daraus resultierende Roadmap werden in die Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» einfließen.

Ende 2021 wurde «**eUmzugCH**» in 20 Kantonen ganz oder teilweise angeboten. Dies entspricht einem Deckungsgrad von 47 % der Gemeinden, bzw. 63 % der Einwohnerinnen und Einwohner und einem Schnitt von knapp 12'000 elektronischen Umzugsmeldungen pro Monat. Damit schreitet die Einführung der elektronischen Umzugsmeldung in der ganzen Schweiz voran. Es konnten tragfähige Betriebsstrukturen aufgebaut werden. Das Ziel, bis Ende 2021 das Projekt eUmzugCH abzuschliessen und in den ordentlichen Betrieb zu übergeben, wurde erreicht. Die weitere Unterstützung der Kantone bei der Einführung von eUmzugCH ist gewährleistet. Zudem konnte die Dienstleistungsvereinbarung eUmzugCH in Bezug auf die Datenbearbeitung mit einem neuen Anhang «Datenschutz» erweitert werden. Ein entsprechender Auftragsdatenbearbeitungs-Vertrag (ADV) wurde erarbeitet.

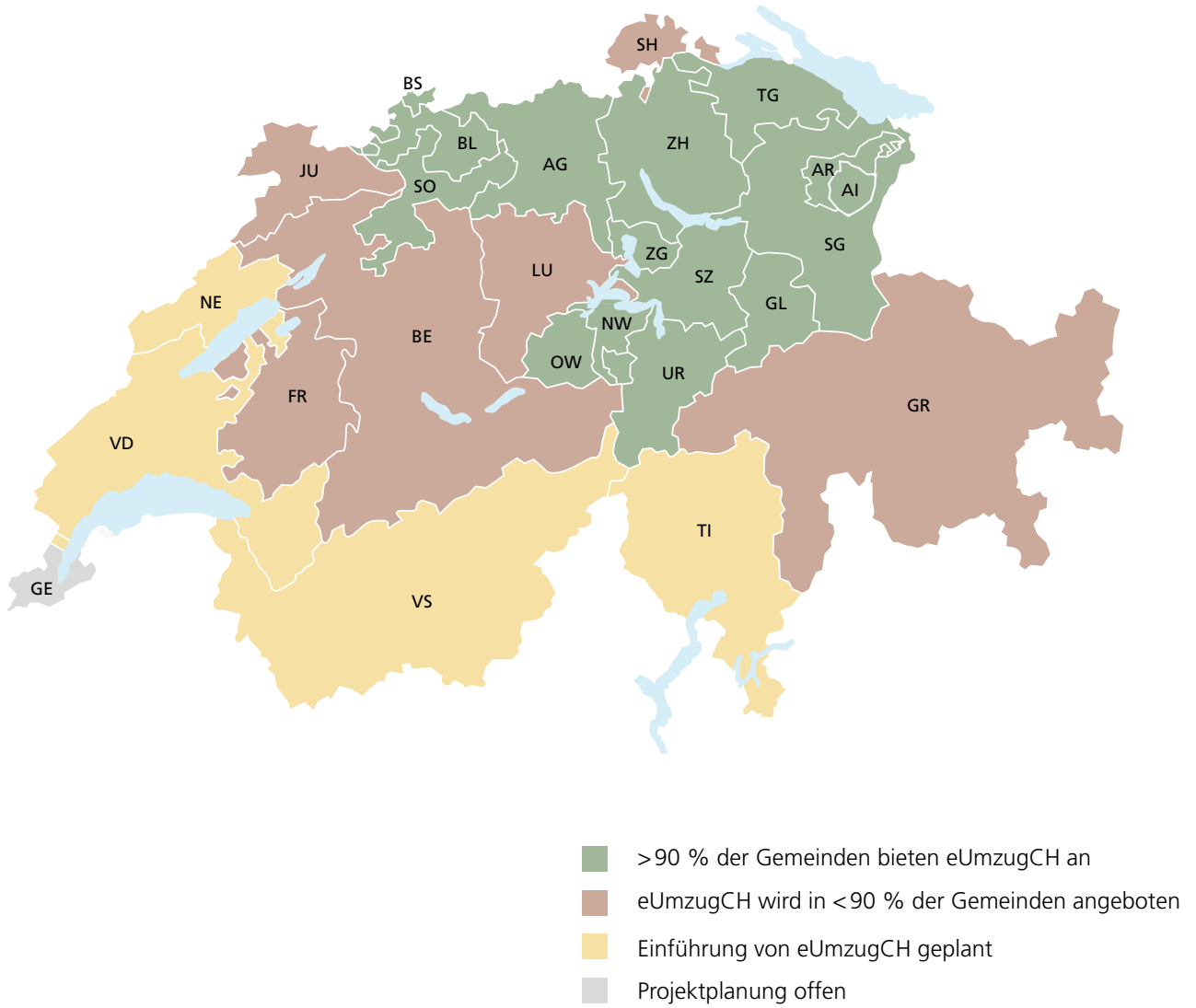


Abbildung 2: Angebot eUmzugCH (Stand Dezember 2021)

2021 wurde eine Vernehmlassung zur Revision der Rechtsgrundlagen für die elektronische Stimmabgabe durchgeführt. Dabei wurden die Stossrichtungen und Zielsetzungen der Neuausrichtung des Versuchsbetriebs von «**E-Voting**» mehrheitlich begrüsst. Der Bundesrat hat das Ergebnis der Vernehmlassung im Dezember 2021 zur Kenntnis genommen und festgelegt, dass einige grundsätzliche Themen, welche die Sicherheit von E-Voting und das Vertrauen der Bevölkerung in diesen Abstimmungskanal betreffen, längerfristig weiterverfolgt werden. Er hat die Bundeskanzlei beauftragt, die beiden betroffenen Verordnungen bis Mitte 2022 zu finalisieren. Parallel dazu arbeiten die Bundeskanzlei und die Kantone an der Umsetzung weiterer Massnahmen zur Neuausrichtung und bereiten die Wiederaufnahme der Versuche vor. So hat die Bundeskanzlei im Juli 2021 eine unabhängige Überprüfung des Systems der Schweizerischen Post und seines Betriebs gestartet.

Aufgrund des totalrevidierten Bundesgesetzes über die elektronische Signatur (ZertES) und neuen Vorgaben der relevanten technischen Standards musste der bestehende «**Signaturvalidator**» vollständig neu entwickelt werden. Der unter [validator.ch](http://validator.ch) verfügbare eGov Signaturvalidator mit intuitiver Benutzerführung wurde am 10. Dezember 2021 in Betrieb genommen. Er überprüft ein elektronisch signiertes Dokument hinsichtlich Authentizität (wurde das Dokument gültig elektronisch signiert?) und Integrität (wurde das Dokument nach seiner Signatur inhaltlich nicht verändert?). Der diskrete Validator als Arbeitsplatzanwendung wird schrittweise eingeführt und steht bundesintern allen Verwaltungseinheiten und deren Lieferanten zur Verfügung. Interessierte Kantone können den Basisdienst ebenfalls einsetzen und eine Vereinbarung mit der eOperations Schweiz AG abschliessen, die als zentrale Ansprechpartnerin für die Kantone agiert.

Das **Portal «ch.ch»** wurde in den letzten zwei Jahren für die Nutzerinnen und Nutzer optimiert und als Content-Service weiterentwickelt. Für eine bessere Nutzerfreund-

lichkeit hat die Sektion Kommunikation der Bundeskanzlei sämtliche Inhalte einer qualitativen Analyse unterzogen. Auf Grundlage der Analyseergebnisse wurden alle Texte neu geschrieben und für Suchmaschinen optimiert. Parallel zur qualitativen Analyse wurde ein neues Designkonzept erstellt und mit Nutzerinnen und Nutzer getestet. Das Go Live des komplett erneuerten [ch.ch](http://ch.ch) erfolgte am 1. November 2021.

### Basisdienste und Infrastruktur

Zur Erreichung des strategischen Ziels «Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen» haben die Vorhaben **behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen, nationalen Adressdienst aufbauen, Open Government Data (OGD), E-ID umsetzen** und **Standardisierung fördern** einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Im Bereich der **Stammdatenverwaltung** ging am 30. Juni 2021 die Interoperabilitätsplattform I14Y-IOP ([i14y.admin.ch](http://i14y.admin.ch)) des Bundesamtes für Statistik (BFS) online. In diesem öffentlichen Verzeichnis von Verwaltungsdaten werden aktuell bestehende Datensammlungen und Nomenklaturen auf allen Ebenen der Verwaltung publiziert. Es trägt dazu bei, dass Personen und Unternehmen Daten nur einmal den Behörden melden müssen und dadurch entlastet werden (Basis zur Umsetzung des «Once-Only»-Prinzips).

Der geplante **nationale Adressdienst** wird der öffentlichen Verwaltung und Stellen, die gesetzliche Aufgaben erfüllen, ermöglichen, auf aktuelle und ehemalige Wohnadressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zuzugreifen. Dadurch werden Verwaltungsabläufe vereinfacht und Behörden können ihre Aufgaben effizienter erfüllen. Das neue Adressdienstgesetz (ADG) schafft die Grundlage, damit das Bundesamt für Statistik (BFS) einen nationalen Adressdienst bereitstellen kann. Der Entwurf des Adressdienstgesetzes sieht vor, dass bereits vorhandene Adressdaten aus den dezentral geführten Einwohner-

registern für den Aufbau des Dienstes genutzt werden können. Das BFS hat einzelne Anliegen aus der im 2020 durchgeführten Vernehmlassung vertieft, die Möglichkeiten für den Aufbau des nationalen Adressdienstes mit aktuellen Daten geklärt und eine neue Kostenschätzung vorgenommen. Die Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat ist für 2022 geplant.

Die Geschäftsstelle **Open Government Data (OGD)** führte im Oktober 2021 zusammen mit der Universität Bern eine Pilotausbildung im Bereich Datenmanagement mit Fokus auf Opendata durch. Das Pilotprojekt StatBot.swiss wurde innerhalb des «Data Science Competence Center» des Bundesamtes für Statistik (BFS) mit KORSTAT (KONferenz der Regionalen STATistischen Ämter der Schweiz) gestartet. Mittels künstlicher Intelligenz soll ein «Statistical Bot» für einen einfachen und intuitiven Zugang zu Daten (OGD) entwickelt werden.

Ein wichtiger Baustein in der Digitalisierung wurde im 2021 politisch debattiert: Das **E-ID-Gesetz** (BGEID) wurde in der Volksabstimmung am 7. März 2021 abgelehnt. Darauf wurden sechs Motionen mit nachfolgendem, identischem Inhalt eingereicht:

*«Der Bundesrat wird damit beauftragt, ein staatliches elektronisches Identifikationsmittel zum Nachweis der eigenen Identität (Authentifizierung) in der virtuellen Welt, vergleichbar mit Identitätskarte oder Pass in der physischen Welt, zu schaffen. Dabei sollen insbesondere die Grundsätze „privacy by design“, Datensparsamkeit und dezentrale Datenspeicherung (wie Speicherung der Ausweisdaten bei den Benutzerinnen und Benutzer) eingehalten werden. Diese E-ID darf auf privatwirtschaftlich entwickelten Produkten und Diensten beruhen. Der Ausstellungsprozess und der Gesamtbetrieb der Lösung muss aber in der Verantwortung staatlicher, spezialisierter Behörden erfolgen.»*

Am 26. Mai 2021 beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei (BK) und dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) ein Grobkonzept einer neuen Lösung für den elektronischen Identitätsnachweis (E-ID) auszuarbeiten. Das EJPD hat darauf in Zusammenarbeit mit den Kantonen und wissenschaftlichen Experten ein Diskussionspapier «Zielbild E-ID» erarbeitet. Dieses war vom 2. September bis Mitte Oktober 2021 Gegenstand einer öffentlichen Anhörung. Sechzig Stellungnahmen von Privatpersonen, kantonalen Verwaltungen sowie Vertreterinnen und Vertretern von Wissenschaft, Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen gingen ein. Die öffentliche Konsultation wurde am 14. Oktober 2021 mit einer konferenziellen Diskussion abgeschlossen. An seiner Sitzung vom 17. Dezember 2021 hat der Bundesrat einen Richtungsentscheid zur E-ID getroffen und die Grundsätze für die Ausgestaltung eines künftigen staatlichen Identitätsnachweises festgelegt.

Der Verein **eCH** (Verein zur **Förderung von Standards im Bereich E-Government**) hat eine Potenzialanalyse für den Standardisierungsbedarf in den Bereichen Künstliche Intelligenz (KI) sowie «Digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittel-Management» gestartet respektive durchgeführt. Neu als Thema zur Standardisierung aufgenommen wurde die Standardisierung des Austausches von Informationen zu Gebühren. Daneben wurden 2021 vier neue Standards und neun überarbeitete bestehende Standards durch den Expertenausschuss verabschiedet.

### Organisation und rechtliche Grundlagen

Im Handlungsfeld «Organisation und rechtliche Grundlagen» und dem strategischen Ziel «Gesamtschweizerische Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln» wurden 2021 wichtige Weichen für die Digitale Verwaltung Schweiz gestellt. Der Bundesrat und die Kantonsregierungen haben 2021 die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die **Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)** genehmigt.

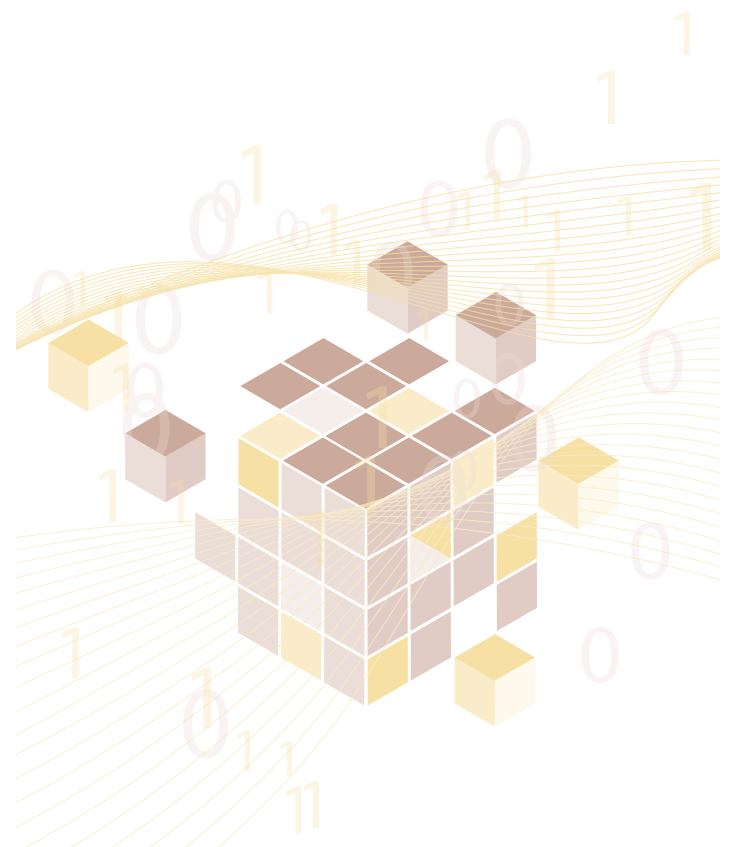
Die Rahmenvereinbarung regelt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bereich der digitalen Transformation ihrer Verwaltungen. Zudem wurden **Projekte der Gemeinwesen** in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützt sowie Gemeinwesen bei der Adressierung und Klärung **rechtlicher Fragen** geholfen.

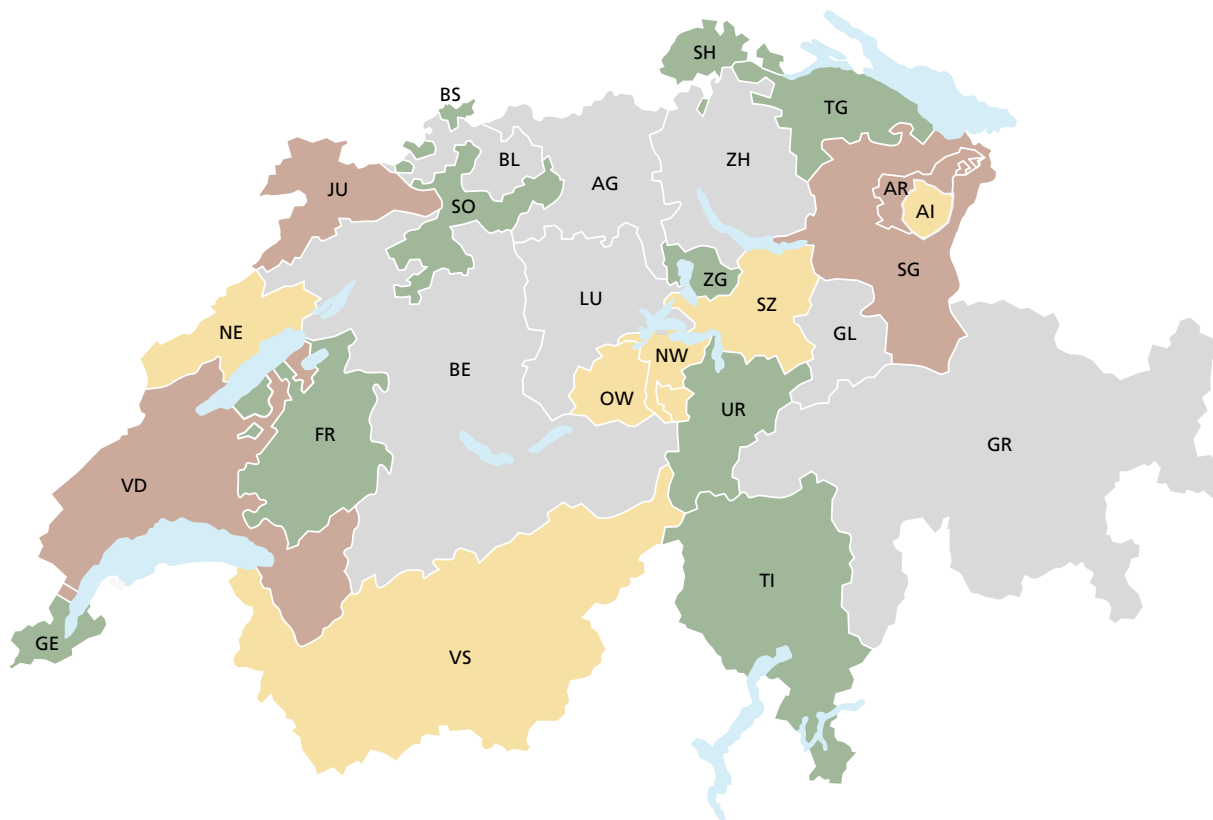
Der Bereich «Digitale Transformation und IKT-Lenkung» (DTI) der Bundeskanzlei hat zusammen mit einem externen Leistungserbringer per Ende 2021 die **E-Government-Architekturvision** und das Informationspapier «DataHub4Gov» erarbeitet. Diese Inhalte sind abgestimmt mit dem Architekturboard E-Government Schweiz, dem Architekturboard Bund, der Fachgruppe SEAC des Vereins eCH sowie weiteren Stakeholdern. Unter «DataHub4Gov» ist ein Ökosystem zu verstehen, das aus Organisationen, Gremien und technischen Systemen besteht, die den Austausch von Daten und datenbasierten Dienstleistungen zwischen Ökosystem-Teilnehmenden auf kontrollierte Art und unter Wahrung der föderalen Prinzipien ermöglicht. Weiter wurden die Pilotprojekte «Auszug persönliches AHV-Konto» und «Staatskalender» zur Integration von E-Services in verschiedenen Portalen identifiziert.

Um die E-Government-Aktivitäten der Gemeinwesen möglichst an der nationalen E-Government-Strategie und deren Umsetzungsplan auszurichten, leistete die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) im Rahmen ihrer Arbeitsgruppen eine entsprechende fachliche und technische Koordination. Nachfolgend sind die Meilensteine thematisch aufgelistet:

- **KOMBV-KTV:** Am 27./28. Mai 2021 fand die Landsgemeinde KOMBV-KTV statt. Die Veranstaltung für Netzwerkverantwortliche der Verwaltung und Polizei sowie Interessierte am KOMBV-KTV fokussierte auf Projekte, neue Lösungen und Leistungen. Im Bereich Internet der Dinge (IOT) wurden weitere Grundlagendokumente erarbeitet und finalisiert.

- **Cloud Governance:** Die Arbeitsgruppe Cloud Governance hat sich konstituiert und arbeitet aktiv an der Realisierung der Ziele im Bereich Best Practices, Vertragsgrundlagen, Vernetzung und Datenschutz.
- **E-ID:** Die Arbeitsgruppe «Identitätsmanagement und E-ID» koordinierte sich mit den relevanten Akteuren von Bund, Kantonen und Gemeinden. Mit Hinblick auf eine staatliche E-ID führte die Arbeitsgruppe eine Umfrage zu den Anforderungen an die E-ID durch.
- **Datenplattformen:** Das Projekt zur Identifikation weiterer Projekte im Bereich Data Management in Gemeinwesen konnte abgeschlossen werden. Ein entsprechender Bericht wurde im November verabschiedet. Die wichtigsten Handlungsempfehlungen aus dem Bericht wurden in das «Arbeitsprogramm ICT 2022» zuhanden der Digitalen Verwaltung Schweiz aufgenommen.





**Abbildung 3: Stand der Rechtsgrundlage für die Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs im Verwaltungsverfahren (Juli 2021, Quelle: Monitoring E-Government Recht)**

- Umfassende Einführung
- Teilweise oder bedingte Einführung
- Noch keine entsprechenden Rechtsgrundlagen
- Teilweise Einführung oder noch keine entsprechenden Rechtsgrundlagen, aber laufende Gesetzgebungsarbeiten

Um herauszufinden, wie sich die aktuelle Rechtslage für E-Government in der Schweiz präsentiert und welche laufenden Rechtssetzungsprojekte bestehen, wurde der Stand der Rechtsgrundlagen für die Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs im Verwaltungsverfahren in der Schweiz ermittelt. Erste Resultate der neuen Massnahme «Monitoring E-Government-Recht» lagen im Juli 2021 vor. Demnach haben zu jenem Zeitpunkt neun Kantone mit total 2.2 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für eine umfassende Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs im Verwaltungsverfahren geschaffen. Im Verwaltungsgerichtsverfahren haben rund 2.9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner in elf Kantonen Zugang zum elektronischen Geschäftsverkehr mit der kantonalen Verwaltungsgerichtsbehörde.

Bund und Kantone, sowie Gemeinden und Städte verstärken die Zusammenarbeit beim Aufbau und bei der Steuerung der digitalen Verwaltung. Für den Aufbau und die Planung der neuen Zusammenarbeitsorganisation **Digitale Verwaltung Schweiz** (DVS) wurden zahlreiche Aufbauarbeiten abgeschlossen. So haben im 2021 Bund und Kantone als gleichberechtigte Träger der DVS die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz im Rahmen der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) am 23. September bzw. an der Bundesratssitzung vom 24. September 2021 genehmigt. Der Ratifizierung der Rahmenvereinbarung durch die Kantonsregierungen wurde am 17. Dezember 2021 im Rahmen der Plenarversammlung der KdK zugestimmt. Die Rahmenvereinbarung regelt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bereich der digita-

len Transformation ihrer Verwaltungen und bildet die rechtliche Grundlage der neuen Organisation.

Weiter hat der Bundesrat am 27. Oktober 2021 die Vertretungen des Bundes im politischen Führungsgremium der DVS bestimmt. Vertreten sind drei Mitglieder des Bundesratsausschusses Digitalisierung und IKT. Es sind dies Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD, Bundesrat Guy Parmelin, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF und Bundesrat Alain Berset, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern EDI. Die kantonale Delegation im politische Führungsgremium wurde Ende Dezember 2021 festgelegt und setzt sich wie folgt zusammen: Landstatthalter Maya Büchi-Kaiser, Kanton Obwalden, Regierungsrat Markus Dieth, Kanton Aargau, Staatsratspräsident David Eray, Kanton Jura, Staatsratspräsidentin Nuria Gorrite, Kanton Waadt, Regierungspräsident Marc Mächler, Kanton St.Gallen sowie Staatschreiberin Kathrin Arioli, Kanton Zürich.

Auf ihrem Weg zur Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) ist die Geschäftsstelle E-Government Schweiz per 1. Oktober von der Schwarztorstrasse ins Haus der Kantone in Bern und damit an den künftigen Sitz der Geschäftsstelle DVS gezogen. Als Sitz von kantonalen Regierungs- und Direktorenkonferenzen und weiterer interkantonalen Institutionen steht das Haus der Kantone für die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Kantonen und mit dem Bund. Nicht zuletzt deshalb wurde das Haus der Kantone als optimaler Standort für die neue Zusammenarbeitsorganisation DVS als gemeinsame Organisation von Bund und Kantonen ausgewählt.

### Vertrauen und Wissen

Zur Erreichung des strategischen Ziels «Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken» wurden im 2021 drei Projekte umgesetzt, bei denen die Initialisierungsphase abgeschlossen werden konnte. Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz stellte bei allen drei Projekten die Projektleitung.

Nachdem die Vision und der Umfang der «**Machbarkeitsstudie zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten**» geklärt wurden, konnte im 2021 die Studie erfolgreich durchgeführt werden. Im Fokus der Studie stand die Frage, wie durch zusätzliche Transparenz für natürliche Personen mehr Vertrauen in die digitale Verwaltung geschaffen werden kann.

Im Umsetzungsziel «**Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken**» konnten im 2021 Grundlagen erarbeitet und punktuelle Medienarbeit geleistet werden. Auch wurden unterstützende Massnahmen zur Förderung des Vertrauens in elektronische Behördenleistungen realisiert, so wurde zum Beispiel der Aufbau der neuen Website für die Digitale Verwaltung Schweiz unterstützt.

Um das Wissen zur Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht Führungskräften und Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung zu vermitteln und so das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu stärken, wurde in einem ersten Schritt eine Studie für das Projekt «**Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern**» erarbeitet. Im Rahmen der Studie wurden eine Bedarfs- und Literaturanalyse getätigt. Dazu wurden halbstrukturierte Interviews mit E-Government-Spezialistinnen und -spezialisten und mit Führungskräften der Verwaltung durchgeführt. Basierend auf den Studienergebnissen werden in einem zweiten Schritt weitere Massnahmen evaluiert.

## 3.3 Innovationen 2021

Neben den Umsetzungszielen unterstützt E-Government Schweiz im Rahmen des Umsetzungsplans auch Innovationen. Jährlich wird so die Umsetzung von Projekten gefördert, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Sie werden auf allen drei föderalen Ebenen unterstützt. Der Planungsausschuss hat vier Projekte in die Innovationen 2021 aufgenommen.

### PROJEKT CH+ Games for Democracy (Zürcher Hochschule der Künste)

Im PROJEKT CH+ Games for Democracy werden Spielmechaniken genutzt, um politische Selbstbildung einladender zu gestalten. Die beiden Applikationen «CH+App» und «DOPE Elections» wurden gemeinsam mit Wählerinnen und Wählern konzipiert und während Wahlen im Herbst 2021 in Fribourg miteinander verglichen. In dieser Projektrunde waren 51 Personen an der Gestaltung von neuen App-Funktionen und der Evaluation der neuen App-Versionen beteiligt. Insgesamt wurden die Applikationen von mehr als 500 Freiwilligen getestet. Die wichtigsten Erkenntnisse wurden in einem Forschungsbericht dokumentiert. Am Symposium «Gamification und Serious Game» in Lausanne wurde das Projekt für den besten Talk der Konferenz ausgezeichnet.

### iciGov (Stadt Biel/Bienne)

Das Projekt «iciGov» zielt darauf ab, die physischen Schalter der Verwaltungen auf einfache und effiziente Weise mit den online verfügbaren Informationen zu verknüpfen. Der Kern der neuen Plattform, bestehend aus statischen Websites und der Bereitstellung von Informationen über QR-Codes, wurde entwickelt und getestet. Das Hauptaugenmerk lag auf der Integration der bereits online verfügbaren Inhalte, insbesondere auf der Bereitstellung häufig gestellter Fragen.

### RPA@Stadt.sg.ch (Stadt St.Gallen)

Die Stadt St.Gallen möchte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von administrativen Routineaufgaben entlasten. Dazu setzt sie auch auf Prozessautomatisierung RPA (Robotic Process Automation). Von Mai bis Juni 2021 wurden Entwicklerinnen und Entwickler im Umgang mit der Automatisierungsplattform geschult und damit erste Schritte zum Aufbau eines Kompetenzzentrums Automatisierung unternommen. Am 1. Dezember 2021 konnte der erste Roboter seinen Betrieb im Bereich der Sozialen Dienste aufnehmen. Der Roboter führt täglich selbständig die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrolltätigkeiten im Rahmen

der Fahrzeughalter/innen-Abklärung durch. Weitere Roboter befinden sich in den Bereichen der Finanzprozesse, der Personalprozesse und der Datenintegration im Bereich von Open Government Data im Aufbau.

### Digital Literacy (Kanton Zürich)

Die Digitalisierung und die damit einhergehende digitale Transformation erfordern von den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung ein Umdenken sowie digitale Kompetenzen. Hierzu gehört auch der sichere und kritische Umgang mit Medien und eine reflektierte Meinungsbildung in der digitalen Welt (Digital Literacy). Vor diesem Hintergrund wurde ein Reflexions-Tool zur digitalen Meinungsbildung und Medienkompetenz kreiert. Der Prototyp wurde technisch basierend auf den Erfahrungen und Rückmeldungen aus bisherigen Simulationen weiterentwickelt und optimiert. Zusätzlich zur thematischen Simulation zur E-ID-Abstimmung wurden neu die Themen Stimmrechtalter 16 und «Datenpolitik» aufgebaut. Konkrete Durchführungen sind Anfang 2022 vorgesehen.

Für die unterschiedlichen Zielgruppen wurden fortlaufend neue Inhalte erarbeitet. Zum einen wurde eine Plattform aufgebaut mit einer Sammlung von Links und Beiträgen rund um den Umgang mit digitalen Phänomenen wie Desinformation. Diese steht allen Interessierten für die Vor- oder Nachbereitung frei zur Verfügung. Auf der Projektwebsite ([digital-literacy.live](https://digital-literacy.live)) werden die Ziele und Anwendungen der Simulation dargestellt sowie Inhalte dokumentiert.

## 3.4 E-Partizipationsprojekte 2021

E-Government Schweiz unterstützt im Rahmen des Umsetzungsplans auch E-Partizipationsprojekte. Damit sollen neue, elektronische Kanäle zur Mitwirkung an Politik und Verwaltung in Kantonen und Gemeinden gefördert werden. Der Planungsausschuss hat im 2021 sieben Projekte (mit-)finanziert.



### Kooperative Zusammenarbeit (Kanton Zug)

Über digitale Vernehmlassungsprozesse können Anspruchsgruppen zu politischen Vorhaben Stellung nehmen und partizipieren. Bei einer Analyse der bestehenden Prozesse wurde festgestellt, dass durch kollaborative Funktionen die Erarbeitung und Konsolidierung von Stellungnahmen, sowohl verwaltungsintern als auch bei externen Anspruchsgruppen, stark vereinfacht werden kann. Im Rahmen des Förderprojektes wurden im März 2021 die Potenziale vertieft analysiert, Lösungsansätze konsolidiert und im Sommer 2021 mit verschiedenen Verwaltungen, auch ausserhalb des Kantons Zug, validiert. Entstanden sind konkrete und breit abgestützte Lösungsansätze, die bereits im Rahmen des Projektes umgesetzt oder im Laufe des Jahres 2022 in den Prozess der schweizweit genutzten Mitwirkungsplattform «E-Mitwirkung» integriert werden. Erste Erfahrungen mit dem optimierten Prozess zeigen bereits einen grossen Mehrwert und eine verbesserte ämter- und departementsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung, aber auch mit externen Anspruchsgruppen.

### Online-Urversammlungen (Gemeinden Wallis)

In den Monaten Januar und Februar 2021 wurden in den drei Gemeinden Bitsch, Salgesch und Täsch hybride Urversammlungen durchgeführt. Die Urversammlungen fanden physisch statt, während es für Interessierte erstmals auch möglich war, die Informationen per Livestream mitzufolgen. Es wurde mit drei unterschiedlichen Anbietern zusammengearbeitet, um die Lösung mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Gemeinden zu ermitteln.

Bei jeder Urversammlung wurde den Online-Teilnehmenden ein Evaluationsfragebogen zugestellt. Dabei stellte sich heraus, dass die virtuelle Teilnahme ein Bedürfnis der Bevölkerung darstellt. Insbesondere bei Themen, die auch Personen ausserhalb der Gemeinde interessieren (z. B. Zweitwohnungsbesitzerinnen und -besitzer, einheimische Studierende), sollten die Informationen auch denjenigen zugänglich gemacht werden, die nicht vor Ort sind.

Basierend auf den Erfahrungen wurde ein Benutzerhandbuch erarbeitet, das den Gemeinden erlaubt, solche hybriden Veranstaltungen zukünftig selbstständig durchzuführen. Insgesamt wurde der Pilotversuch positiv beurteilt und einige Pilotgemeinden haben auch weitere Urversammlungen hybrid durchgeführt.

### Speakers' Corner (Kanton Tessin)

Im Projekt «Speakers' Corner» wurde eine Online-Plattform entwickelt, auf der Studierende der Universitäten von Lugano und des Tessins mit der Stadt Lugano interagieren können, indem sie ihre Forschungen und Ideen präsentieren. Die Plattform – ein virtueller Treffpunkt für Studierende – bietet insbesondere ein kostenloses Unterstützungsprogramm für Studierende, das ihnen bei der Präsentation ihrer Forschungsarbeiten sowohl online (durch auf der Online-Plattform veröffentlichte Videos) als auch vor einem Live-Publikum (bei einer für die Öffentlichkeit zugänglichen Veranstaltung) hilft und sie fördert.

[speakerscorner.swiss](https://speakerscorner.swiss)

### Decidim-Netzwerk Schweiz (Stadt Zürich)

Im ersten Halbjahr 2021 konnten die wichtigsten konzeptuellen Schritte für das Netzwerk Decidim Schweiz eingeleitet werden. Es wurden zwei virtuelle Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Städte Lausanne, Luzern und Zürich, sowie dem Kanton Genf abgehalten. Diese erfüllten zwei Zwecke: einerseits förderten sie den praktischen Austausch zu Verwendung und Einsatz der Decidim-Software, andererseits konnten bei dieser Gelegenheit auch Fragen der Governance sowie zum Zweck eines Decidim-Netzwerks Schweiz besprochen werden. An der Mitgliederversammlung des Decidim-Netzwerks Schweiz am 29. September 2021 konnten die wichtigsten strukturellen Fragen geklärt werden. Zudem wurde eine erste Version der Austauschplattform lanciert.

### E-Partizipationsplattform für Mitwirkungsprozesse auf [meinthurgau.ch](https://meinthurgau.ch) (Stadt Arbon)

Mit der Entwicklung einer E-Partizipationsplattform auf [meinthurgau.ch](https://meinthurgau.ch) will die Stadt Arbon unter anderem die Transparenz und Mitwirkung – unabhängig von Alter, Nationalität oder Status – bei kommunalen Entwicklungsprozessen fördern. Bei der technischen Umsetzung wird angestrebt, möglichst viele (zukünftige) Online-Dienstleistungen über eine einzige und sichere Plattform anbieten zu können und damit Zugangshürden zu reduzieren. Nach einer ersten Projektphase mit Plattformevaluation, Pilotprojekt und Sicherstellung der Finanzierung, wurden im Frühling 2021 erste Entwicklungen in Auftrag gegeben, damit diese Tools für die «Masterplanung Seeufer» ([arbon.ch/seeufer](https://arbon.ch/seeufer)) verwendet werden konnten. Zeitgleich wurde die Multiservice-Plattform [meinThurgau](https://meinthurgau.ch) ([meinthurgau.ch](https://meinthurgau.ch)) in eine neue Trägerschaft, die [meinThurgau AG](https://meinThurgau.ch), überführt, was zu geringfügigen Projektverzögerungen geführt hat. Bis Ende Januar 2022 wird der Hauptteil der Entwicklung abgeschlossen sein. Dies beinhaltet Module, die kartenbasierte Kommentare, Brainstorming, Umfragen und Variantenbewertungen ermöglichen. Im Sinne eines Werkzeugkastens können diese Module bei zukünftigen Entwicklungsprozessen individuell eingesetzt und kombiniert werden.

### Die Regio Frauenfeld-App (Region Frauenfeld)

Im Frühjahr 2021 wurde mit den drei Pilotgemeinden Herdern, Hüttwilen und Stettfurt ein Prototyp der Regio Frauenfeld-App entwickelt. Die Regio Frauenfeld-App beinhaltet Highlights der Region, z. B. Veranstaltungen, Erlebnisse und spannende Orte, Wanderungen und Velotouren, sowie wichtige Informationen des täglichen Bedarfs in den Gemeinden. Ausserdem können die Bewohnerinnen und Bewohner in der App direkt der Gemeinde Beschädigungen melden oder Rückmeldungen geben und im Dorfplatz mit anderen Bewohnerinnen und Bewohnern Veranstaltungen teilen, Pinnwandeinträge veröffentlichen und kommentieren, über Themen diskutieren und sich via Chat austauschen.

Der Prototyp ist seit August 2021 in den gängigen App-Stores erhältlich. Die App wurde von Bewohnerinnen und Bewohnern der drei Pilotgemeinden getestet und entsprechend weiterentwickelt. Die App wird 2022 in mindestens neun Gemeinden der Region Frauenfeld lanciert. [regiofrauenfeld.ch/app](https://regiofrauenfeld.ch/app)

### Lausanne participe (Stadt Lausanne)

Die Plattform «Lausanne participe» wurde im April 2021 mit einer kommunalen Ideenbox lanciert, welche die Bevölkerung dazu anregt, neue Ideen für ihre Stadt vorzuschlagen. Gleichzeitig wurde das Projekt der «Jardins de poche» gestartet, das ermöglicht, auf einfache Weise eine Genehmigung für die Bepflanzung von Restflächen zu beantragen. Später kamen weitere partizipative Beteiligungsmöglichkeiten hinzu.

Innerhalb der Verwaltung wurden Schulungen organisiert und ein Best-Practice-Leitfaden mit Tutorial-Videos erstellt, um die Kompetenzen im Bereich der E-Partizipation sowie der Nutzung und Entwicklung der Decidim-Software, zu erhöhen.

Auf nationaler Ebene ist die Stadt Lausanne neben dem Kanton Genf, den Städten Zürich und Luzern dem Decidim-Netzwerk Schweiz beigetreten.

[participer.lausanne.ch](https://participer.lausanne.ch)



### 3.5 Operative Koordination beim Umsetzungsplan

Für die unterjährige operative Steuerung des Umsetzungsplans war der Planungsausschuss zuständig. Der interne Controllingbericht, der dem Gremium als Entscheidungsbasis diente, wurde ohne Anpassung angenommen.

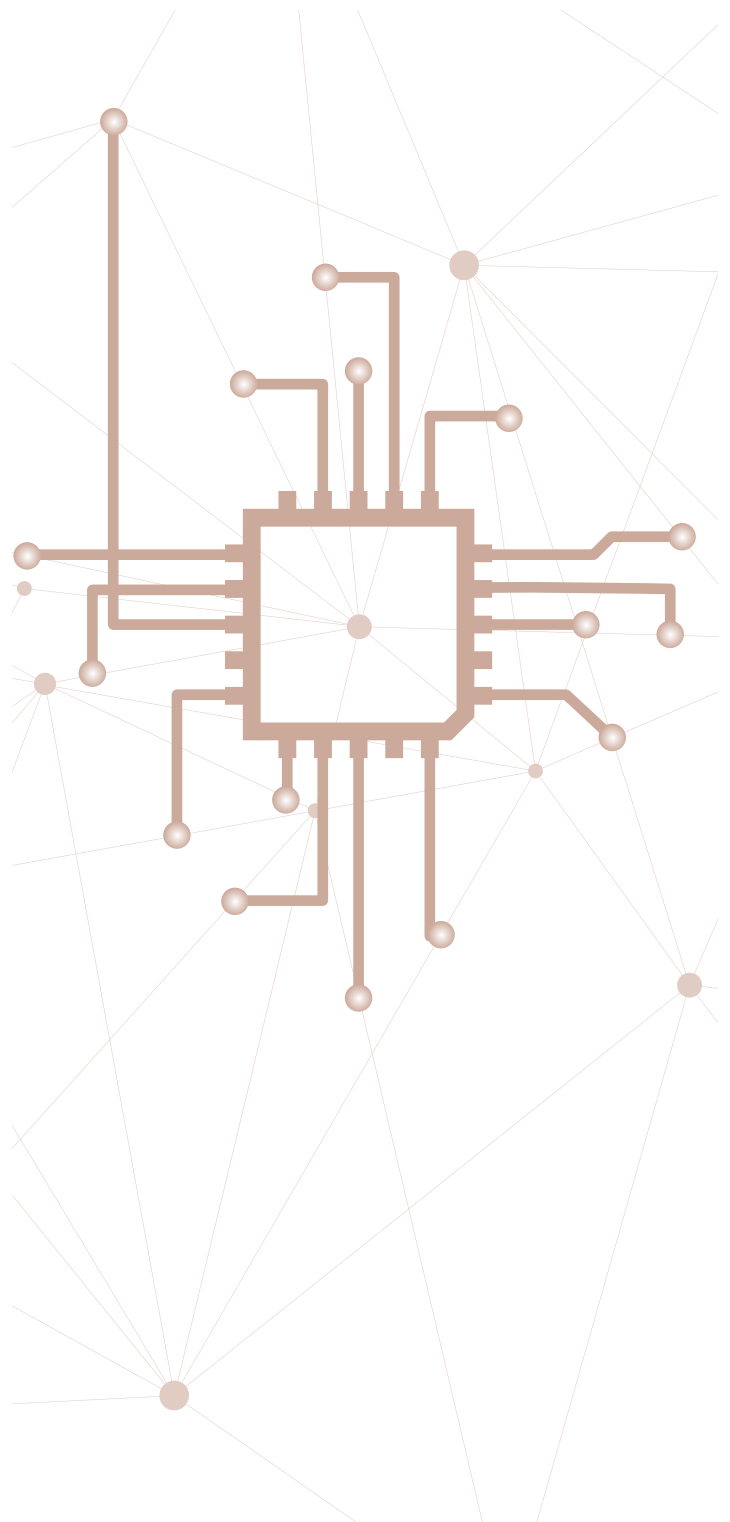
Die jährliche Verabschiedung des Umsetzungsplans lag in der Verantwortung des Steuerungsausschusses. An seiner Herbstsitzung vom 27. November 2021 hat dieser die Eckwerte des Umsetzungsplans E-Government 2022 mit 16 Umsetzungszielen gutgeheissen.

Die zwei Umsetzungsziele «E-ID umsetzen» und «Nationalen Adressdienst aufbauen» wurden zur Überführung in die Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» vorgesehen. Die Umsetzungsziele «eUmzugCH schweizweit ausbauen», «Signaturvalidator schweizweit etablieren» und «Aufbau der Organisation Digitale Verwaltung Schweiz» konnten per Ende 2021 erfolgreich abgeschlossen werden und ab Januar 2022 in den operativen Betrieb übergehen.

Um eine koordinierte Umsetzung des Umsetzungsplans zu gewährleisten, organisiert die Geschäftsstelle regelmässige Sitzungen für den Austausch zwischen den Auftraggeberinnen und Auftraggebern sowie zwischen den Projektleitenden der Umsetzungsziele.

Im Rahmen des Koordinationsausschusses haben die Auftraggeberinnen und Auftraggeber im Berichtsjahr zweimal getagt. Die Projektleitenden haben sich 2021 viermal im Rahmen der Koordinationsgruppe getroffen. Die gegenseitige Information und Abstimmung der Projektaktivitäten stand im Fokus dieser Treffen.

Der Aufruf zur Einreichung neuer E-Partizipations- und Innovationsprojekte wurde im Herbst 2021 gestartet. Eine Jury hat die Zuteilung der Mittel Anfang 2022 beschlossen.



## 4. Monitoring

Im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit 2020 schafft die Geschäftsstelle mit dem Monitoring einen Überblick über den E-Government-Fortschritt in der Schweiz. Mit Blick auf die globale Lage im Bereich der digitalen Verwaltung bewertet sie die Situation in der Schweiz. Die Erkenntnisse aus dem Monitoring fliessen in den jährlichen **Monitoringbericht** und in diverse Unterlagen (Zahlen und Fakten, Website, Rapporte usw.) ein. Auf Basis dieser Erkenntnisse berät die Geschäftsstelle ihre Gremien für eine bedürfnisgerechte digitale Verwaltung und eine aktuelle E-Government-Strategie. Weiter informiert sie Fachexpertinnen und -experten und die Öffentlichkeit über den E-Government-Fortschritt.

Das in diesem Jahresbericht vorliegende Monitoring fasst wesentliche Informationen von September 2020 bis August 2021 zusammen. Ihm liegen **nationale und internationale Studien**, Umfragen und der Austausch mit dem E-Government-Netzwerk (z. B. Städte und Kantone) sowie Erfahrungen aus dem Umsetzungsplan E-Government zugrunde.

### 4.1 Monitoring in Zahlen

E-Government Schweiz hat im 2021 zusammen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) die dritte Runde der Nationalen E-Government-Studie durchgeführt. Im Rahmen der Studie wurden die Schweizer Bevölkerung, die Unternehmen und die Verwaltungen über Nutzung und Umsetzung von elektronischen Behördenleistungen befragt. Die Befragung dauerte von September bis Oktober 2021. Die Studie wird im Mai 2022 veröffentlicht und gemeinsam von der Digitalen Verwaltung Schweiz und dem SECO herausgegeben.

Studie	Gegenstand	Gebiet	Kosten für E-Government Schweiz
Nationale E-Government-Studie 2022	Repräsentative Erhebung, untersucht die Nutzung und Verfügbarkeit von elektronischen Behördenleistungen in der Schweiz.	Schweiz	CHF 180'000

Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz hat 2021 weitere Studien unterstützt und/oder im Rahmen ihres Auftrags eingesetzt:

Studie	Gegenstand	Gebiet	Kosten für E-Government Schweiz
Omnibus 2021(OMN2021): Erhebung zur Internet-nutzung	Die Omnibuserhebung befasst sich mit Internet-zugang/-nutzung der Schweizer Haushalte. Die Erhebung basiert auf einem europäischen Modellfragebogen.	Schweiz im Vergleich zum Ausland	keine
E-Government-Monitor (Kantar und Initiative D21)	Untersucht die Zufriedenheit mit und die (mobile) Nutzung von elektronischen Behördenleistungen, Nutzungsbarrieren usw.	Deutschland, Österreich und Schweiz; Bevölkerung	€ 5'000
eGovernment Benchmark (Europäische Kommission)	Untersucht, inwiefern die Online-Angebote der Verwaltung die «Nutzerfreundlichkeit», «Transparenz», «grenzüberschreitende Mobilität für die Bevölkerung und die Unternehmen» sowie «Basisdienste» erfüllen.	27 EU-Mitgliedstaaten sowie die Schweiz, Island, Norwegen, Serbien, Montenegro, die Türkei, das Vereinigte Königreich sowie Albanien und Nordmazedonien.	€ 32'013 (2020) € 49'104 (2021)
UN eGovernment Survey	Untersucht die Verfügbarkeit von elektronischen Informationen und Dienstleistungen auf Verwaltungswebsites und Portalen und misst den E-Partizipationsindex und E-Government-Entwicklungs-Index (= Online-Service-Index, Telekommunikationsinfrastruktur-Index und Humankapital-Index).	193 Staaten	keine
The Global Innovation Index 2021	Untersucht werden die innovativen Inputs ( Humankapital, Forschung, Infrastruktur, Reifegrad des Marktes und der Unternehmen) und Outputs (Wissen und Technologie sowie Kreativität).	132 Staaten	keine

## 4.2 E-Government-Fortschritt der Schweiz

In der Rangliste der Vereinten Nationen nimmt die Schweiz im 2020 im Bereich E-Government-Entwicklung<sup>1</sup> Platz 16 von 193 Staaten ein und gehört zu den fortschrittlicheren Staaten in der digitalen Verwaltung. Dänemark, die Republik Korea und Estland befinden sich in den obersten Rängen.<sup>2</sup> Gemäss dem europäischen «eGovernment Benchmark» besteht hier dagegen Nachholbedarf. Mit einer Gesamtleistung im E-Government<sup>3</sup> von 54 % (EU 68 %) befindet sich die Schweiz auf Rang 29 von 36. Vor zwei Jahren lag der Wert bei 47 % (EU 62 %). Die europäischen Spitzenreiter diesbezüglich sind Malta, Estland und Österreich.<sup>4</sup>

### 4.2.1 E-Services und E-Partizipation

#### Angebot und Nutzung

80 % (EU: 87.2 %) der untersuchten Behördendienste und Informationen zu diesen Diensten sind online verfügbar. Die Hälfte der untersuchten E-Services ist für Nutzerinnen und Nutzer ausserhalb der Schweiz verwendbar. Wenn es z. B. um die Arbeitssuche oder die Pensionierung geht, sind grenzüberschreitende E-Services kaum verfügbar. Die Distanz zu den Spitzenreitern wie Malta, Estland und Dänemark ist nach wie vor gross.<sup>5</sup> Gemäss einer Studie der Vereinten Nationen besteht in der Schweiz noch Potenzial für ein breiteres E-Government-Angebot. Im Online Service Index liegt die Schweiz auf Rang 36 von 193. Auf den obersten Rängen befinden sich Dänemark und Singapur.<sup>6</sup>

Die Möglichkeit, sich auf elektronischem Weg an Politik und Verwaltungsgeschehen zu beteiligen, wird stärker genutzt. Seit der Messung 2018 rückte die Schweiz 23 Plätze vor<sup>7</sup>. Den ersten Rang teilen sich Estland, die Republik Korea und die Vereinigten Staaten von Amerika (USA).

Gemäss Monitoring der Geschäftsstelle E-Government Schweiz kann diese Entwicklung bestätigt werden: Immer mehr Kantone und Gemeinden bieten der Bevölkerung E-Partizipationskanäle an, so z. B. in der Stadt Luzern ([dialogluzern.ch](http://dialogluzern.ch)), in der Stadt Lausanne ([participer.lausanne.ch](http://participer.lausanne.ch)), in der Stadt Zürich ([quartieridee.ch](http://quartieridee.ch)) und im Kanton Genf ([participer.ge.ch](http://participer.ge.ch)).

#### Nutzung elektronischer Behördendienste

60 % der Schweizer Bevölkerung hat in den letzten 12 Monaten einen Online-Behördendienst genutzt. Dieser Wert stagniert und befindet sich zwischen den Werten von Deutschland und Österreich. Wer bereits einmal Behördendienste online genutzt hat, ist den Services gegenüber positiver eingestellt, als jemand, der noch nie E-Services genutzt hat (73 % zu 59 %).<sup>8</sup> Die meistgenutzten E-Services sind nach wie vor:

- die Suche nach Informationen zu Zuständigkeiten und Öffnungszeiten,
- die Abwicklung der Steuererklärung,
- der Dialog mit der Behörde sowie die Terminvereinbarung.

<sup>1</sup> Der Index setzt sich aus drei Unterkomponenten zusammen: dem Online-Service-Index (OSI), dem Telekommunikationsinfrastruktur-Index (TII) und dem Humankapital-Index (HI).

<sup>2</sup> UN eGovernment-Survey 2020

<sup>3</sup> Der Wert setzt sich aus den Hauptindikatoren «Nutzerfreundlichkeit», «Transparenz», «grenzüberschreitende Mobilität für die Bevölkerung und die Unternehmen» sowie «Basisdienste» zusammen.

<sup>4</sup> EU eGovernment Benchmark-Bericht 2021

<sup>5</sup> EU eGovernment Benchmark-Bericht 2021

<sup>6</sup> UN eGovernment-Survey 2020

<sup>7</sup> UN eGovernment-Survey 2020

<sup>8</sup> E-Government Monitor 2021

Die Corona-Pandemie scheint die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber elektronischen Behördendiensten zu beeinflussen. In der E-Government Monitor Studie haben 18 % der Befragten aus der Schweiz angegeben, während der Corona-Krise ihre Behördengänge vermehrt online durchgeführt zu haben. 7 % haben während der Pandemie zum ersten Mal einen E-Service genutzt. 17 % der Befragten haben Online-Dienste gemieden und/oder bei Möglichkeit ganz auf Behördengeschäfte verzichtet. Die Pandemie hat die Einstellung der Menschen betreffend E-Services positiv beeinflusst: 70 % möchte auch nach der Pandemie öfter Online-Behördendienste nutzen.

#### Zufriedenheit und Nutzungserlebnis

66 % (-8 %) der Bevölkerung in der Schweiz sind mit den elektronischen Behördendiensten zufrieden. In Österreich sind es ebenfalls 66 % (-13 %) und in Deutschland lediglich 47 % (-15 %). Die E-Services werden überwiegend als bequem, einfach (Navigation) und zuverlässig (stabile Verbindung) empfunden. Im Vergleich zum letzten Jahr ist die Zufriedenheit in allen drei Ländern deutlich gesunken.

Die gesunkene Zufriedenheit von E-Services der Behörden dürfte mit den generell gestiegenen Erwartungen der Nutzenden gegenüber Online-Diensten zusammenhängen. So fällt es der Bevölkerung leichter, Online-Dienste der Privatwirtschaft (bspw. Online-Banking, Online-Shopping usw.) abzuwickeln, als solche der Behörden.

42 % der Schweizer Bevölkerung nutzen keine elektronischen Behördendienste, weil sie diese nicht kennen. Für die Hälfte der Befragten ist der persönliche Kontakt mit den Behörden wichtig und einfacher als über das Internet. Über einem Drittel der Nutzerinnen und Nutzer erscheint der Aspekt des Datenschutzes und der Datensicherheit bei Themen wie Steuern, elektronischen Signaturen und dem komplett elektronischen Daten- und Informationsaustausch mit den Behörden als heikel.

#### 4.2.2 Voraussetzungen für breitflächiges E-Government Angebot: Infrastruktur und Humankapital

Die Schweiz nimmt im E-Government-Entwicklungsindex Platz 16 von 193 (2018: Rang 15) Ländern ein und gehört zu den fortschrittlichen Ländern im Bereich der digitalen Verwaltung. Dies verdankt sie insbesondere der ausserordentlichen Leistungen in den Bereichen Bildungsniveau, Telekommunikationsinfrastruktur sowie Forschung und Innovationen.

##### Telekommunikationsinfrastruktur

Die Schweiz verfügt weltweit über das am weitesten ausgebauteste Mobilfunknetz und die höchste Dichte an Breitbandanschlüssen. Dies sind wichtige Infrastrukturen für die Ausbreitung und die Nutzung von digitalen Behördenleistungen<sup>9</sup>. Die Omnibus Erhebung über die Internetnutzung der Schweizer Haushalte des Bundesamts für Statistik (BFS) vom Jahr 2021 zeigt, dass 96 % der 15- bis 88-Jährigen täglich das Internet nutzen<sup>10</sup>.

##### Humankapital

Die Schweiz hat ein sehr hohes Bildungsniveau. Im Humankapitalindex (Alphabetisierungsgrad, Anzahl Schuljahre und Einschulungsquote der Bevölkerung) liegt sie im internationalen Ranking ganz weit oben. Sie glänzt dank hoher Qualität bei Universitäten und zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Patentmeldungen<sup>11</sup>.

#### 4.2.3 Basisdienste

Die Schweiz liegt im Ausbaustand grundlegender Basisdienste trotz einer Verbesserung von sechs Prozentpunkten seit der letzten Messung deutlich hinter dem europäischen Durchschnitt (CH 34 %; EU 65.2 %). In der Schweiz ist noch keine staatlich anerkannte E-ID etabliert, die zur digitalen Identifikation bei der Abwicklung von E-Services

<sup>9</sup> UN eGovernment Survey 2020

<sup>10</sup> BFS Omnibus Internetnutzung in den Haushalten 2021

<sup>11</sup> UN eGovernment Survey 2020

eingesetzt werden kann. Vier Kantone setzten im 2021 eine eigene E-ID ein und sechs Kantone waren an der Planung für die Einführung einer solchen. In den Kantonen, wo bereits eine E-ID herausgegeben wird, können damit E-Services abgewickelt werden. Die Kantone wünschen, dass die zukünftige E-ID, die vom Bund ausgestellt werden soll, sicher und einfach zu handhaben ist<sup>12</sup>.

Vor-ausgefüllte Formulare mit Daten aus Quellen wie Basisregister (authentische Quellen<sup>13</sup>), existieren nur in 12 % (+4 %) der untersuchten E-Services (EU: 61.5 %). Durch automatisch vor-ausgefüllte Formulare mit Daten, welche die Behörden aus bestimmten Quellen beziehen können, würde der Aufwand für die Nutzenden (keine Mehrfacherfassungen) und die Verwaltung (Steigerung der Datenqualität) reduziert werden. Positiv zu vermerken ist, dass bei der Hälfte der untersuchten E-Services elektronische Dokumente<sup>14</sup> eingesetzt werden. Der elektronische Austausch von Informationen und Dokumenten zwischen Staat und Bevölkerung oder Unternehmen, genannt «digitale Post» (über das Internet und nicht brieflich), findet bei der Hälfte der untersuchten E-Services statt. Dieser Wert hat sich um 20 % gesteigert<sup>15</sup>.

#### 4.2.4 Transparenz E-Services

Im Bereich Transparenz entwickelt sich die Schweiz kontinuierlich weiter und nähert sich dem Durchschnitt der europäischen Länder. Bei unternehmensbezogenen Diensten und Informationen wie Geschäftsgründung sind die Schweizer Behörden, insbesondere wenn es um persönliche Daten und Leistungserbringung geht, transparenter

als bei bürgerbezogenen E-Services (Familie, Karriere, Studium und Transport). Die Ausnahme bildet die elektronische Umzugsmeldung eUmzugCH, wo einsehbar ist, wie persönliche Daten verwendet werden.

Bei 75 % der E-Services können Nutzerinnen und Nutzer bei der Erstellung oder Gestaltung einer Dienstleistung mitwirken. Bei der Nachvollziehbarkeit der Leistungserbringung beispielsweise Information bezüglich der Abwicklungsdauer (Ausfüllen der Formulare bis zum Erhalt der Leistung) liegt die Schweiz mit rund 22 % klar hinter dem EU-Durchschnitt (62 %). Positiv ist aber, dass bei den meisten Diensten, die Nutzenden online eine Zustellungsmitteilung über den erfolgreichen Abschluss des Verfahrens erhalten. Auf Portalen für die Unternehmen erhalten die Nutzenden auch Informationen über den Fortschritt der Leistungsabwicklung (z. B. über «EasyGov.swiss»). Eine Steigerung erzielen (ca. +10 %) konnte die Schweiz bei der Transparenz in Bezug auf die verwendeten Personendaten durch die Behörden: Bei ca. 42 % der untersuchten E-Services können Nutzende ihre persönlichen Daten selber verwalten.



<sup>12</sup> Ergebnisse der Umfrage «Identitäten und Portale» in der interkantonalen Fachgruppe E-Government (Stand August 2021). An der Umfrage haben 15 Kantone teilgenommen.

<sup>13</sup> Authentische Quellen sind Basisregister, die von Regierungen verwendet werden, um Daten in Bezug auf Bevölkerung oder Unternehmen automatisch zu validieren oder abzurufen.

<sup>14</sup> Dokumente in digitaler Form, welche der/die Benutzerin einreichen/hochladen muss, um einen E-Government-Dienst abzuschliessen, oder das der Benutzer/die Benutzerin als Nachweis oder Ergebnis des Dienstes erhält (z. B. Zertifikat, Diplom, Registrierungsnachweis)

<sup>15</sup> EU eGovernment Benchmark-Bericht 2021



## 5 Kommunikation

### 5.1 Vernetzung und Wissensaustausch

Zur Stärkung von Vernetzung, Zusammenarbeit und Wissensaustausch innerhalb der öffentlichen Verwaltungen aller drei Staatsebenen und mit der Privatwirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, hat die Geschäftsstelle im 2021 an verschiedenen Fach- und Publikumsveranstaltungen sowie Partnertreffen teilgenommen. Einige Anlässe führte die Geschäftsstelle selber durch, an anderen beteiligte sie sich.

Interkantonale Fachgruppe E-Government der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz, 27. Januar 2021, 12. und 28. April 2021, 25. August 2021 und 24. November 2021

Gruppe Digitalisierung/E-Government des Schweizerischen Städteverbandes, 15. Juni 2021 und 29. November 2021

eGovernment-Symposium, Online-Veranstaltung des Vereins eGovernment-Symposium, zum Thema «E-Government-Architektur in einem föderalen System», 22. März 2021

Generalversammlung Verein eCH, Online-Veranstaltung mit Referat von P. Giarritta, 28. April 2021

E-Government in Ungarn und der DACH-Region, Online-Veranstaltung mit Referat von P. Giarritta, 1. Juni 2021

Petit-déjeuner des membres du eGov Innovation Center 2021, Referat von P. Giarritta, 2. Juni 2021

Offizieller Besuch Parlamentspräsident Estland, 15. Juni 2021 (Input zusammen von P. Giarritta mit der Bundeskanzlei, Bereich Digitale Transformation und IKT)

IT-Beschaffungskonferenz Berner Fachhochschule, Referat P. Giarritta, 26. August 2021

Praxisreferat für ZHAW-Studierende durch P. Giarritta, 9. September 2021

Konferenz der Finanzkontrollen (KFIKO), Referat P. Giarritta, 20. September 2021

Tagung Digitale Transformation der Bundeskanzlei, Referat P. Giarritta, 21. September 2021

eCH Abendveranstaltung, Referat P. Giarritta, 22. September 2021

Preisverleihung «20. eGovernment-Wettbewerbs 2021», 29. September 2021

Die Geschäftsstelle hat auch 2021 in der Jury des Digitalisierungswettbewerbs von Deutschland, Österreich und der Schweiz mitgewirkt. Die Preisverleihung fand am 29. September in Berlin und mittels Livestreaming statt. Das Projekt «Covid-Zertifikat» des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT) und des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) wurde als bester Beitrag zur kurzfristigen Krisenbewältigung ausgezeichnet.

eGovernment-Symposium Romand, Online-Veranstaltung,  
1. Oktober 2021

Interne Abschlussveranstaltung E-Government Schweiz,  
27. Oktober 2021



Nationale E-Accessibility Fachtagung, Online-Veranstaltung des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB),  
4. November 2021

Webinar «Geodaten Einsatzmöglichkeiten im Alltag», gemeinsamer Anlass mit swisstopo und der Stadt Winterthur im Rahmen der Schweizer Digitaltage,  
9. November 2021

13. Plenartagung Städte- und Gemeindeinformatik, Referat P. Giarritta, 10. November 2021

Digitaltage Schweiz, Interview mit P. Giarritta im Rahmen der Berner Digitaltage und Teilnahme am Panel «E-Bürgerin» im Rahmen der Schweizer Digitaltage,  
10. November 2021

SGVW-Herbsttagung «Den Staat digital neu denken», Nachmittags-Session mit P. Giarritta, 11. November 2021

Rencontre de politique locale der Universität Lausanne, Referat von C. Roy, 11. November 2021

Anlass der Programmsteuerung SmartAargau, Referat P. Giarritta, 25. November 2021

**Abschlussveranstaltung vom 27. Oktober 2021**



## 5.2 Newsletter

Der Newsletter von E-Government Schweiz wurde im vergangenen Jahr siebenmal auf Deutsch und Französisch verschickt. Er zählte Ende 2021 rund 2700 Abonnentinnen und Abonnenten.

## 5.3 Publikationen

### Jahresbericht 2020

Der Steuerungsausschuss hat den Jahresbericht der Geschäftsstelle 2020 an seiner Sitzung vom 30. April 2021 genehmigt. Der Jahresbericht wurde auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf der Website publiziert.

### Zahlen und Fakten 2021

Die Geschäftsstelle hat im Jahr 2021 die Publikation «Zahlen und Fakten» zur Entwicklung und Ausbreitung von E-Government in der Schweiz ausschliesslich in elektronischer Form auf der Website veröffentlicht. Die Online-Publikation mit Resultaten aus nationalen und internationalen Studien steht in vier Sprachen zur Verfügung (Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch).

## 5.4 Medienarbeit

### Pressekonferenz, 10. März 2021

Im Rahmen einer Pressekonferenz zum Projekt Digitale Verwaltung Schweiz mit Bundesrat Ueli Maurer, Regierungspräsident Anton Lauber und dem Beauftragten von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz, Peppino Giarritta, wurde über das Projekt Digitale Verwaltung Schweiz und die Eröffnung der Konsultation informiert. Das Generalsekretariat des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD hat zusammen mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) die gemeinsame Medienmitteilung «Digitale Verwaltung Schweiz: Für die digitale Transformation im Bundesstaat» publiziert.

Weiter wurden im 2021 nachfolgende Medienmitteilungen in Bezug auf die Digitale Verwaltung Schweiz veröffentlicht:

- 11.06.2021, Zusätzliche Mittel für die Umsetzung der Digitalen Verwaltung Schweiz
- 25.10.2021, Zweites Beiratstreffen zum Thema «Digitalisierung und Föderalismus»
- 03.12.2021, Digitale Verwaltung Schweiz: Vertretungen des Bundes bestimmt

### SRF Digital Podcast, 23. Juli 2021

Ein Interview mit P. Giarritta zur Arbeit und den Aufgaben des Beauftragten, das Potenzial der digitalen Transformation in der Verwaltung und die Herausforderungen.

### Interview mit P. Giarritta in der Netzwoche

In der November-Ausgabe der Netzwoche wurde ein ausführliches Interview mit P. Giarritta publiziert.

## 5.5 Aufbau Digitale Verwaltung Schweiz

Für den Aufbau der neuen Zusammenarbeitsorganisation «Digitale Verwaltung Schweiz» (DVS) hat die Geschäftsstelle E-Government Schweiz im 2021 massgeblich beigetragen. Unter anderem wurde für die DVS ein neues Erscheinungsbild mit eigenem Corporate Design, Illustrationen und einer Website [digitale-verwaltung-schweiz.ch](https://digitale-verwaltung-schweiz.ch) aufgebaut.

## Impressum

Zur Steuerung der digitalen Transformation im föderalistischen System haben Bund und Kantone per 1. Januar 2022 die neue Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)» geschaffen. Als politische Plattform koordiniert und fördert sie die digitale Transformation zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen. Die DVS ist die Nachfolgeorganisation von E-Government Schweiz und hat die operativen Aufgaben der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) übernommen.

Der Jahresbericht wurde von Rolf Götschmann, Generalsekretär des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD, und Thomas Minger, stv. Generalsekretär der Konferenz der Kantonsregierungen, im Mai 2022 gutgeheissen.

### Herausgeberin

Digitale Verwaltung Schweiz

### Kontakt

Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz  
Haus der Kantone  
Speichergasse 6  
CH-3003 Bern  
info@digitale-verwaltung-schweiz.ch  
[digitale-verwaltung-schweiz.ch](https://digitale-verwaltung-schweiz.ch)

### Redaktion Jahresbericht

Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

### Gestaltung

[lesgraphistes.ch](https://lesgraphistes.ch)

### Herausgabe

Mai 2022, der Bericht ist als PDF  
zum Download verfügbar

© Copyright Digitale Verwaltung Schweiz